

für das Haushaltsjahr 2011

Haushaltsrede am 06.12.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das Jahr 2010 und somit auch das Haushaltsjahr 2010 geht bald zu Ende und, verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben sie mir einen kleinen Rückblick darauf zu werfen. Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch daran, als wir Grünen im vorigen Jahr hier die Forderung aufstellten, das Kreativpotenzial der Bürger in unserer Stadt mehr und mehr in die Stadtpolitik einfließen zu lassen. Diese Anregung fiel bei Oberbürgermeister Dupper auf fruchtbaren Boden und es freut uns feststellen zu können, dass sie Herr Oberbürgermeister, die aktive Bürgerbeteiligung in ihrer Stadtpolitik umsetzen. Als Beispiele nenne ich hier:

- Die schriftliche Befragung von Haushalten zur Stadtentwicklung
- Die Bürgerbeteiligung bei der Zukunftswerkstatt und den Stadtteilworkshops
- Die Gesprächsbereitschaft mit Bürgerinitiativen und Interessengruppen
- Die Bürgerversammlungen in den Stadtteilen, in welchen jede Frage und jeder Vorschlag entweder mündlich oder schriftlich beantwortet wird.

Diese Art von Stadtpolitik ist nicht nur zeitgemäß, sondern sie ist auch wenig kostenintensiv. Das letzte ist um so wichtiger, als der Haushalt des Jahres 2011, ähnlich wie der des Jahres 2010, als sehr angespannt bezeichnet werden kann. Wie bei vielen hoch verschuldeten Kommunen gibt es auch in Passau zwei Gründe für die Misere.

Zum ersten sind es die seit Jahren bestehenden strukturellen Finanzprobleme. Hier sind es im wesentlichen die ungebremst steigenden Sozialausgaben, welche vom Bund oder vom Land auf die Kommunen abgewälzt werden. Wo sich der Bund aus der sozialen Sicherung verabschiedet, werden vermehrt kommunale Leistungen in Anspruch genommen. wie z. B. die Kürzungen der Grundsicherung im Alter und für Arbeitssuchende durch die Streichung des Rentenbeitrages, oder die Leistungskürzungen bei den ALG-II-Beziehern durch die Streichung des Elterngeldes. Geradezu widersinnig ist, und da spreche ich ausdrücklich unseren Stadtratskollegen und zugleich zuständigen Bundesstaatssekretär Dr. Scheuer an, die Kürzung des Bundeszuschusses bei den Städtebaufördermitteln. Auch wenn behauptet wird, diese Kürzung würde im investiven Bereich kaum Auswirkungen haben, so werden wir in der Stadt längerfristig die Mittelkürzung sehr wohl verspüren. Dieses über Jahre bewährte Konjunkturprogramm generiert ein Vielfaches an Investitionen. Ein Abschmelzen dieser Förderung gefährdet viele Arbeitsplätze in der Region.

Besonders auffällig waren im HH-Jahr 2010 die großen außerplanmäßigen Ausgaben. Sie betragen bisher ca. 2 Mio € und diese wurden mit 1,7 Mio € aus der Rücklage finanziert. Der größte Posten entfiel auf die Jugendhilfe, die jedes Jahr weit überproportionale Aufwendungen verursacht. Der Städtetag fordert ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz, denn die Eingliederung behinderter und bedürftiger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein „weiter so“ ist jedenfalls nicht möglich und die verantwortlichen Stellen in Bund und Land sind hier in der Verantwortung etwas zu tun um die Städte finanziell nicht ausbluten zu lassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die wieder erhöhte Bezirksumlage, die auch wegen der sinkenden staatlichen Finanzausgleichsmittel steigt, hinweisen. Jedes Jahr müssen wir von Seiten der Stadt eine zusätzliche Belastung von mindestens 1/2 Mio € verkraften. Auch hier sind es vor allem die Sozialhilfeausgaben, z.B. im letzten Jahr eine Steigerung um 6,5 %, welche überdurchschnittlich zu Buche schlagen. Ganz nebenbei drücken den Bezirk aktuell auch noch insgesamt 41 Mio € Schulden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang z. B. die Frage, wie lange sich der Bezirk die Beteiligung an den Heilbäderzweckverbänden noch leisten kann.

Der zweite Grund für die prekäre finanzielle Situation der Stadt ist die Verschuldung nach Hausmacherart. Das hat zu einem kleinen Teil mit den Einnahmen und zu einem größeren Teil mit den Ausgaben zu tun. Natürlich sind die Steuereinnahmen von einem Allzeithoch im vergangenen Jahr auf einen unterdurchschnittlichen Wert eingebrochen. Wie gut es jetzt ist, dass wir 2007 und 2008 Rücklagen gebildet haben, sehen wir jetzt. Es stellt sich heute heraus, dass die damalige Forderung von uns Grünen, mehr Geld für die kommenden Jahre zurück zu legen, richtig gewesen ist. Aber selbst wir als Stadtrat können auf der Einnahmeseite etwas erreichen, wenn wir nur genug Mut dazu haben. Als Beispiel sei hier der Antrag von uns Grünen zur Einführung einer Kulturförderabgabe genannt. 500.000 € etwa könnte diese von der Hotellerie zu bezahlende Abgabe pro Jahr ohne großen Verwaltungsaufwand einbringen. Aber leider haben sie, v. K.u.K., diesen Vorschlag sofort abgelehnt. Das ist deshalb bemerkenswert, weil z. B. Köln diese Abgabe gerade eingeführt hat und eine SPD/Grüne-Mehrheit in München eine solche gerade beschlossen hat.

Aber nun zu den Ausgaben. Hier gibt es nach unserer Ansicht noch eine Menge Sparpotenzial. Als erstes muss damit Schluss gemacht werden, dass jede einmal beschlossene Maßnahme, wenn nötig auch mit außerplanmäßigen Mitteln, durchgezogen wird, auch wenn sie wesentlich teurer wird als geplant. Die Ausgaben für das beschlossene Lichtkonzept verdoppeln sich so eben einmal um 50.000 € und auch bei der Hornbachbrücke werden schnell noch einmal 200.000 € drauf gelegt. Ich habe den Eindruck, diesem Gremium ist es grundsätzlich egal, wenn eine einmal beschlossene Maßnahme wesentlich teurer wird. Da spielen 10.000 € oder 100.000 € dann keine Rolle mehr. Dann greifen wir eben in die Rücklage, oder wir nehmen das Geld von zu hoch angesetzten Ausgabehaushaltsansätzen. Entscheidend für eine Baumaßnahme ist anscheinend nicht, wie viel diese der Stadt kostet, sondern mit wie viel Prozent sie von dritter Seite bezuschusst wird. Wenn, wie bei der Hornbachbrücke, 75 % Steuergelder von wo anders her kommen, dann wären wir ja „dumm“, wenn wir da nicht zugreifen würden.

Die Ausgaben sind aber, speziell nach Meinung der CSU-Fraktion, immer noch viel zu niedrig. Klein, klein, das ist ihre Sache nicht. Großprojekte, wenn möglich im Verkehrsbereich, müssen es schon sein. Die müssen dann auch wirklich etwas kosten und nach etwas ausschauen. 16 Mio € Schuldenaufnahme in den nächsten fünf Jahren für eine Donaubrücke – das wäre nach ihrem Geschmack gewesen. Glücklicherweise hat die Mehrheit im Stadtrat ihnen hier einen Riegel vorgeschoben. Im übrigen haben wohl viele schon wieder vergessen, was die schriftliche Haushaltsbefragung im Frühjahr ergeben hatte: Die große Mehrheit der Bürger in Passau will keine neuen Straßen. Wenn wir schon, wie anfangs erwähnt, eine Bürgerbeteiligung machen, dann sollten wir den Willen der Befragten auch ernst nehmen. Aber was macht dieser Stadtrat? Im Vermögenshaushalt finden wir schon die nächste 60.000 € - Verpflichtung für einen Kreuzungsausbau in Patrishing und die Planungen für eine neue Straße am Brückenkopf der Strauß-Brücke laufen bereits.

Dabei könnten wir Grünen eventuell auch bei einer Millionenausgabe durchaus schwach werden, wenn es sich dabei um eine zukunftsweisende Investition für unsere Stadt handeln würde. Ich denke da an den Ausbau von alternativen Energien oder eine Kraft-Wärme-Kopplung mit Fernwärmenetz. Hier gibt es ein großes Handlungsfeld, da es ein Grundbedürfnis nach sicherer und bezahlbarer Energieversorgung für unsere Bürger abzusichern gilt.

L. K.u.K., bevor ich etwas zu den Personalausgaben sage, erlaube ich mir aus dem letzten Rechenschaftsbericht der Stadt zu zitieren: „Für das Jahr 2011 ist ein Einfrieren aller Ausgaben im Bereich des Verwaltungshaushalts auf dem Niveau des Jahres 2010 notwendig.“ Nun stellen wir aber fest, die Personalkosten erhöhen sich laut HH-Plan im nächsten Jahr wieder um 1 Mio €. Wir haben in unserer Stadtverwaltung sehr viele gut ausgebildete und hoch qualifizierte Fachleute für jede Sparte. Es ist deshalb schon erstaunlich, dass wir immer wieder viel Geld für Gutachten und Konzepte ausgeben, wo wir doch den Sachverstand im eigenen Hause haben und diese Gutachten in der Regel zu dem Ergebnis kommen: In Passau fließt eine Menge Wasser – und ich möchte

ergänzen – Geld die Donau hinunter. Die Personalkosten steigen im Jahr 2011 nicht zuletzt wegen verschiedener Neueinstellungen. Es mag ja sein, dass diese alle notwendig gewesen sind, aber zugleich muss es doch möglich sein, in Einzelfällen die Aufgaben der Verwaltung wieder zu reduzieren oder so umzuschichten, dass eine gleichmäßige Arbeitsbelastung für alle auch zu einem Stellenabbau führt. Und noch ein Wort zu den heuer vorgenommenen Beförderungen. Selbst wenn wir die Mehrausgaben von nur 35.000 € als richtig für ein Jahr annehmen, so ist doch folgende Rechnung durchaus berechtigt. Im Vergleich zum übrigen öffentlichen Dienst, und es gibt absolut keinen Grund für eine angebliche Unvergleichbarkeit, werden die Beamten der Stadt im Durchschnitt 10 Jahre früher befördert. Das bedeutet also  $10 \times 35.000 \text{ €}$ , und wenn man das auf die gesamte Beamtenschaft umlegt, dann sind das in 10 Jahren schnell mehrere Millionen. Wir sollten ab sofort versuchen, uns bei den Personalkosten ein realistisches Ziel zu setzen. Ich schlage vor, dass die Personalkosten eines Jahres in Zukunft weniger als 28,5 % des Verwaltungs HH betragen, nachdem dieser vorher um die Zuführungen zum Vermögens HH gekürzt worden ist. Zur Orientierung: Im vorliegenden Haushaltsplan liegen wir bei gut 30 %.

L. K.u.K., ein besonderes Anliegen ist es mir, einmal auf die Ausgaben in Zusammenhang mit den Zweckverbänden hinzuweisen. Die Zweckverbände, in welchen die Stadt Mitglied ist, haben in der Regel die unangenehme Eigenschaft, dass wir zwar fleißig in sie einzahlen dürfen, aber im Prinzip dort wenig zu sagen haben. Ich möchte hier kurz die drei Zweckverbände VHS, Berufsschule und Theater ansprechen. Allen drei ist gemeinsam, eine wichtige Aufgabe für die Bewohner unserer Stadt zu erbringen und zugleich einen wachsenden Kostenfaktor darzustellen. Eine Strukturreform bzw. eine konzeptionelle Neuausrichtung sollte, ja muss, in diesen Zweckverbänden angegangen werden. Als Beispiel sei hier beim Berufsschulzweckverband erwähnt, dass ich schon voriges Jahr vorgeschlagen habe, die kommunalen Fachschulen zu privatisieren. Bei aller Diskussion über die VHS wird übersehen, dass dort im operativen Geschäft gerade einiges aus dem Ruder läuft, wenn man bedenkt, dass die Planzahlen 2011 eine erneute Steigerung des Verlustes um weitere 160.000 € auf bald eine Million erwarten lassen. Eine Trennung von Stadt und Land sollte nicht mehr länger zum Tabu erklärt werden. Bei der VHS könnte ich mir als Sofortmaßnahme vorstellen, ähnlich wie bei vergleichbaren Schulen, alle hauptamtlichen Kräfte auch wieder teilweise zum Unterricht heranzuziehen. Und beim Landestheater Niederbayern sollte ernsthaft über ein Sanierungskonzept, wie damals bei der Event, nachgedacht werden. Wir Passauer Grünen haben keinen Sitz in einem der drei Zweckverbände und deshalb fordern wir diejenigen Kolleginnen und Kollegen unter uns auf, welche die Stadt vertreten, hier für Reformen zu sorgen und auf die Ausgabenbremse zu steigen.

Die Einführung eines Beteiligungscontrollings bei den städtischen Gesellschaften begrüßen wir ausdrücklich. Die Last der städtischen Tochterunternehmen für die Stadtmutter wird allmählich leichter. Der Schuldenabbau in den letzten 2 ½ Jahren beträgt immerhin ca. 20 Mio € und davon bringt alleine die WGP 10 Mio €. Zugleich hat sich bei der WGP, trotz erheblicher außergewöhnlicher Abschreibungen, das Eigenkapital im gleichen Zeitraum um 4 % erhöht, was wiederum als nicht selbstverständlich aber sehr erfreulich bezeichnet werden kann. Der finanzielle Aufwand für die Event ist überschaubar, auch wenn es nach unserer Ansicht versäumt wurde, die Liquidität zu verbessern.

Die Haushaltslage der Stadt Passau ist nach wie vor sehr schwierig. Die Einnahmesituation wird in letzter Zeit wieder langsam besser. Den Verwaltungs HH fahren wir schon seit vorigem Jahr auf Sparflamme. Ein Beispiel dafür sind die viel zu geringen Ansätze für den Straßen- und Brückenunterhalt. Hier schieben wir einen Reparaturstau seit vielen Jahren vor uns her, der uns in absehbarer Zukunft noch teuer zu stehen kommen wird. Unsere Tilgungsleistung beträgt nun schon im dritten Jahr nacheinander nur 3 Mio €, statt der eigentlich vorgesehenen ordentlichen Tilgung von 6,2 Mio €. Das heißt, wir schieben auch die Schulden vor uns her. Die Regierung von Niederbayern beschreibt im Februar diese Situation wie folgt: „Bei einer ordentlichen Tilgung, ohne Berücksichtigung der Tochtergesellschaften, betrüge der Schuldendienst der Stadt Passau 19,7 % der Nettoeinnahmen des Verwaltungs HH. Im Vergleich dazu liegt der Schnitt bei den kreisfreien

Städten in Bayern bei weniger als der Hälfte, nämlich bei 8,3 %.“ Auch diese Zahlen nimmt die Regierung zum Anlass, eine weitere Neuverschuldung der Stadt Passau nicht zu genehmigen. Im städtischen Haushalt gelingt es uns leider wieder nicht, Schulden abzubauen. Unter den gegebenen Umständen ist es allerdings schon erfreulich, keine Neuverschuldung eingehen zu müssen und eine Rücklage von 5,4 Mio € zum Ende des Jahres 2011 einplanen zu können.

Angesichts der Entwicklung des städtischen Haushalts in den letzten Jahren stellen wir wohl alle fest: Wir brauchen mehr Stadt als Staat. Die Kommunen in Deutschland bekommen 13 % der Steuereinnahmen und das ist eindeutig zu wenig, wenn die Pflichtaufgaben überproportional ansteigen. Ich möchte das auf den einfachen Nenner bringen: Wer den Banken hilft, der muss auch den Städten helfen. Wir sind nicht die dritte und letzte Ebene, sondern die erste, weil wir direkt am Bürger sind und wir sind auf der Ebene wo das Leben passiert. Jeder von uns, l. K.u.K., trägt ein Stück Verantwortung in dieser Stadt, aber um sie übernehmen zu können, brauchen wir die dazu notwendigen Mittel. Der HH- Plan für das Jahr 2011 wird diesem Anspruch gerade noch gerecht. Die Fraktion der Grünen dankt den Bediensteten der Stadtverwaltung und heute im besonderen denen des Finanzreferats für die im Jahre 2010 geleistete Arbeit. Ebenfalls möchten wir uns bei ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dupper und bei ihnen, sehr v. K.u.K., für die konstruktive und gute Zusammenarbeit herzlich bedanken. Die Fraktion der Grünen im Passauer Stadtrat stimmt dem Verwaltungs HH und dem Vermögens HH 2011 zu.

Für Bündnis 90/Die Grünen  
Karl Synek